

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union

POSTVERLAGSORT BONN

BONN · 14. MAI 1959

NR. 19 · 13. JAHRGANG

Propaganda um jeden Preis

Der Ostblock und die Zone scheuen keine Mittel

Der Öffentlichkeitsarbeit im Ausland kommt nicht zuletzt im Hinblick auf die Auseinandersetzung zwischen der freien Welt und dem Kommunismus eine erhebliche Bedeutung zu. Die Bundesregierung hat sich durch zahlreiche Vorfälle gerade in der jüngsten Zeit veranlaßt gesehen, diesem Gebiete besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Im Vordergrund steht dabei die Notwendigkeit, der massiven Propaganda der Sowjetzone entgegenzutreten.

Unter Aufwand erheblicher Mittel und mit äußerst geschickten Methoden bemüht sich die Zone, die in vielen Ländern Asiens und Afrikas vorhandene Sympathie für Deutschland für sich in Anspruch zu nehmen. Verbunden damit ist eine hemmungslose Agitation gegen die Bundesrepublik. Geld spielt dabei keine Rolle.

In Kairo sind 17 Propagandisten der Sowjetzone tätig, die große und erfolgreiche Anstrengungen machen, die Propaganda ihres Regimes in den arabischen Ländern zu verbreiten. Sie werden darin unterstützt durch den Ostberliner Rundfunk, der viermal täglich arabische Sendungen ausstrahlt. Die Sowjetzonennachrichtenagentur ADN verbreitet täglich einen Nachrichtendienst in arabisch und zwei Nachrichtendienste in englisch.

Pankow trommelt in Nah-Ost

Zur Finanzierung ihrer Propaganda steht der Delegation der Sowjetzone 15 v. H. des Gesamtumsatzes der Handelsdelegation der Zone zu. Dieser Betrag ermöglicht es, redaktionellen Text in den arabischen Zeitungen zu kaufen. Für eine Zeitungsseite werden Beträge bis zu 600 DM bezahlt. Dadurch ist es möglich, Propagandaartikel, die sich äußerlich nicht von anderen Artikeln des Blattes unterscheiden, zu verbreiten. Für solche Artikel sind von der sowjetzonalen Propagandagruppe Vorauszahlungen bis zur Höhe von 20 000 DM geleistet worden.

Die „Deutsch-Arabische Gesellschaft“ der Zone hat bisher über Kairo 27 000 Publikationen verbreitet, die auf den Geschmack der arabisch sprechenden Bevölkerung zugeschnitten sind. Der Charakter dieser Schriften geht aus den Titeln der Broschüren hervor, die der „Ausschuß für deutsche Einheit“ in der Zone herausgibt und in zahlreichen Fremdsprachen, auch asiatische Sprachen, übersetzen läßt. Sol-

che Schriften sind: „Hitlers Generalstab kommandiert Adenauer-Armee“, „600 Nazi-Juristen im Dienste Adenauers“, „Bonn an der Seite der Kolonialmächte“, „Hitler-Diplomaten im Dienste der aggressiven Politik des deutschen Militarismus“, „Reaktionäre Kirchenführer unterstützen die westdeutsche NATO-Politik“.

Kommunistische Schwerpunktarbeit

Die gleichgeschaltete Propaganda ermöglicht es dem Ostblock, in den verschiedenen Ländern, vor allem des afrikanisch-asiatischen Raumes, schwerpunktmäßig zu arbeiten. Dabei wird mit besonderem Bedacht Rücksicht genommen Empfindlichkeiten der Bevölkerung. In Indien gibt die Sowjetunion eine Zeitschrift „Unser Land“ mit einer Gesamtauflage von 170 000 Exemplaren in 12 verschiedenen einheimischen Dialekten heraus. Demgegenüber steht die Tatsache, daß selbst die Amerikaner in Neu-Delhi eine Wochenzeitung in nur vier Dialekten veröffentlicht.

Erfolge in Asien und Afrika

Während die Wirkung der Ostblockpropaganda in den europäischen Ländern gering ist, konnten die kommunistischen Propagandatrupps in den asiatischen und afrikanischen Ländern stellenweise beträchtliche Erfolge erzielen. Dabei kommt ihr zugute, daß auch in der freien Welt eine Neigung besteht, Fortschritte in Technik und Wissenschaft, die die Sowjets erzielen, gebannt und voll Bewunderung zur Kenntnis zu nehmen, während ebenso große und größeren Leistungen in der freien Welt als nahezu selbstverständlich gelten. Sputniks, neueröffnete Selbstbedienungsläden in Moskau und Leningrad — und vorerst nur

Die Zusammenarbeit des Ostblocks wird auch an der Propaganda in den südamerikanischen Ländern sichtbar. In Argentinien liegt dabei die Führung bei der Sowjetunion, die eine regelrechte Kulturoffensive eröffnet hat. Moskau hat einen großzügigen sowjetisch-argentinischen Austausch von prominenten Künstlern und Wissenschaftlern eingeleitet. Eine große Zahl von Zeitschriften, die nur ein Bruchteil dessen kosten, was die Argentinier für gleichwertige Zeitschriften ihres eigenen Landes bezahlen müssen, verbreiten den sowjetisch-politischen Standpunkt und dienen der Kulturpropaganda. Die Sowjets mieten ferner ohne Rücksichten auf die hohen Kosten Filmtheater, um sowjetische Filme vorzuführen; das gleiche tun die Amerikaner.

Wie wenig sich die kommunistischen Propagandisten um die Rücksichtnahme auf neutrale Länder kümmern, zeigt z. B. der Zwischenfall, der sich vor wenigen Tagen auf der Messe in Göteborg/Schweden ereignete. In dem sowjetzonalen Pavillon wurden im Prospekt verborgene Propagandabroschüren und Hetzschriften gegen die Bundesrepublik verteilt. Die Messeleitung mußte einschreiten und mit der Drohung, den Pavillon zu schließen, die Verbreitung dieser Schriften untersagen.

da — höhere Wohnungsbaupläne und bedeutende industrielle Vorhaben aller Art scheinen in manchen Fällen die Wachsamkeit gegenüber der sowjetischen Machtpolitik und die Gedanken an die furchtbaren Verbrechen, an soziale Rückständigkeit und wirtschaftliche Mißerfolge in der Sowjetunion ausgelöscht zu haben. Die Gefahr, daß die von den Sowjets planmäßig geförderte Propaganda mit wissenschaftlichen Erfolgen die Überschätzung des bolschewistisch regierten Teils der Erde zur Folge hat, ist besonders groß in den jungen Staaten Asiens und Afrikas.

Was Ulbricht will

Die Agitation während und nach der Genfer Konferenz

Unmittelbar vor Beginn der Genfer Außenministerkonferenz hat der SED-Chef Ulbricht in einem Leitartikel des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ am 9. Mai die Weichen für den Propagandaapparat der Partei gestellt.

Da diese „Argumente“ auch in der kommunistischen Westpropaganda, auf die sie weitgehend abgestellt sind, eingesetzt werden, geben wir nachstehend die wichtigsten Thesen wieder:

„**Bürgerkrieg und Bruderkrieg**“. Die SED versucht, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Seit Jahren wird in der Zone die vollkommene Bürgerkriegsarmee vorbereitet: „Kampfgruppen“, „Gesellschaft für Sport und Technik“ sowie FDJ mit vormilitärischer Ausbildung, „Nationale Volksarmee“. Jetzt behauptet Ulbricht: „... kann jeder deutsche Bürger erkennen, daß die Pläne des deutschen Militarismus zum Bruderkrieg und zum Krieg führen müssen. Wir sind der Meinung, daß eine solche Politik, die auf den Bürgerkrieg hinausläuft, Wahnsinn ist... Wir wollen, daß die großen Kräfte unseres Volkes nicht in Bürgerkrieg und Krieg zugrunde gehen.“

Mit dem „deutschen Militarismus“ ist die demokratisch frei gewählte Regierung der Bundesrepublik Deutschland gemeint. Der Vorwurf, sie bereite den Bürgerkrieg vor, soll die seit 1947 eingeleitete Staatsstreichpolitik Ulbrichts verschleiern.

„**Die Bundeswehr hat Atomwaffen**“. Die SED versucht, durch unwahre Formulierungen den Eindruck zu erwecken, als ob die Bundeswehr bereits voreilig mit Atomwaffen ausgerüstet sei. Ulbricht behauptet: „... daß das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und die Ausrüstung der westdeutschen Truppen mit Atomwaffen Westdeutschland und West-Berlin in die Hauptgefahrenherde einer Kriegsprovokation verwandelt hat...“

Genau wie die Beschuldigung, die Politik der Bundesregierung führe zum Bürgerkrieg, stellt auch die lügenhafte Erklärung, die Bundeswehr habe Atomwaffen, nur einen Vorwand dar, um die aggressive Politik des Weltkommunismus in Deutschland zu „begründen“. Groteskerweise widerspricht sich Ulbricht in seinem Leitartikel selbst. Nur 10 Zeilen weiter formuliert er das Ziel der Ost-Westverhandlungen: „... zu verhindern, daß die deutschen Revanchepolitiker Atomwaffen in die Hand bekommen.“ — Also hat die Bundeswehr doch noch keine. ...

Wahlvorbereitung

Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen hat das Propagandareferat des SPD-Parteivorstandes seine Bezirksorganisationen aufgefordert, Städte und Landgemeinden zu benennen, die Beispiele „besonders erfolgreicher Kommunalarbeit“ sind. An Hand dieser Beispiele soll in einer Tonbildfolge gezeigt werden, daß die SPD auf kommunalpolitischem Gebiet „entscheidende Erfolge“ errungen hat.

Offensichtlich ist die Lüge über die Atomwaffen der Bundeswehr für die westdeutsche Bewegung gegen Atomtod, das angebliche Verhandlungsziel aber für die Auslandspropaganda bestimmt.

„**Deutschlandplan der SPD**“. Ulbricht erklärt: „Wir begrüßen den Vorschlag, auf Einberufung eines Gesamtdutschen Rates auf paritätischer Grundlage als Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands.“ Und: „Der Deutschlandplan der SPD hat für Westdeutschland große Bedeutung, denn er zeigt der Bevölkerung, daß es einen anderen Weg, einen friedlichen Weg gibt.“ Wie dieser Weg aussieht, wird von Ulbricht in erstaunlicher Offenheit gesagt: „Durch den Friedensvertrag werden in Westdeutschland ebenfalls friedliche Bedingungen geschaffen wie in der DDR. ...“ In diesem Sinne hebt Ulbricht besonders hervor, daß sich die SPD in ihrem Plan „positiv“ für einen Friedensvertrag, für eine atomwaffenfreie Zone und für eine Konföderation ausspricht.

Der von Chruschtschow vorgeschlagene Friedensvertrag stellt ein Hauptargument der SED-Propaganda dar. Ulbricht lockt: „Während gegenwärtig Westdeutschland durch die Pariser Verträge in seiner Souveränität beschränkt ist, würde der Friedensvertrag die Souveränität zunächst beider deutscher Staaten und danach des wiedervereinigten Deutschlands gewährleisten. ...“

Die Propaganda rollt

Neutralisten wollen Unterschriften sammeln

Die aus undurchsichtigen Quellen gespeiste, aufwendige Propaganda neutralistischer Kreise hat erwartungsgemäß vor der Genfer Konferenz erheblich zugenommen. Sie findet damit ihre Parallele in der Propagandaaktion der Sowjetzone, die mit allen Mitteln für den von Chruschtschow ins Spiel gebrachten Friedensvertrag und seine durchsichtigen Ziele wirbt.

Karl Graf von Westphalen verschickt in großer Zahl mit der Aufforderung zur Unterschrift ein Memorandum, in dem ein Friedensvertrag und die Schaffung einer atomfreien Zone in Europa gefordert werden. Darin heißt es: „Die Weltöffentlichkeit muß wissen, daß das Wort des noch amtierenden Kanzlers nicht mehr das Wort des deutschen Volkes ist.“

Zu den Verfassern und Unterzeichnern dieses sogenannten Memorandums gehört der gleiche Kreis von Neutralisten, die etwa in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ ihre Ideen an den Mann zu bringen suchen. Zu nennen sind Karl Graf von Westphalen, Bogislav von Bonin, der frühere FDP-Bundestagsabgeordnete Hermann Schwann

„**Kommunistischer Wohlstand**“. Ulbricht sagt klar heraus, daß die verkündete „ökonomische Hauptaufgabe“, die Bundesrepublik im „Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung bei allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern zu erreichen und zu übertreffen“, ausschließlich propagandistische Gründe hat: „Die Überwindung des Militarismus in Westdeutschland erfordert die Beweisführung durch die DDR, daß es einen friedlichen Weg gibt, der zu wirklicher sozialer Sicherheit, zu Wohlstand und Glück des Volkes führt. Deshalb ist die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe von entscheidender Bedeutung, um die Mehrheit der westdeutschen Arbeiterklasse und Bevölkerung für ... eine Politik des Friedens und des Fortschritts zu gewinnen.“

So bezeichnen Moskau und Ostberlin die kommunistische Politik. Die Gegenfrage aber lautet: was wird aus dem kommunistischen „Wohlstand“, wenn einmal ganz Deutschland durch solche Verlockungen für Moskau gewonnen wäre? Bekanntlich basieren doch alle mittel-deutschen Bemühungen um Wohlstand auf einer geplanten Bevorzugung durch den ganzen Ostblock, der in der Zone ein rotes Schaufenster ausgestalten soll.

„**Sabotage an der Wiedervereinigung**“. In der Agitation soll jetzt gezeigt werden, daß nicht etwa Pankows Ablehnung freier, demokratischer Wahlen sondern Bonns Weigerung, mit den nicht gewählten, antidemokratischen Zonenmacht-habern zu verhandeln, die deutsche Einheit verhindert. Ulbricht: „Es ist bedauerlich, daß die Bonner Regierung am Vorabend der Genfer Außenministerkonferenz sich gegen Besprechungen zwischen den Delegationen beider deutscher Staaten in Genf gewandt hat. Diese Erklärung kommt einer Ablehnung der Wiedervereinigung Deutschlands gleich.“

und der SPD-Bundestagsabgeordnete Arno Behrich. Im Gegensatz zu der sanfteren Tonart des „Manifestes“ schlägt Arno Behrich in seinem eigenen Blatt, der „Oberfränkischen Volkszeitung“ (9. Mai 1959) eine ihm wohl gemäßigere, stramm linksradikale Tonart an. Darin heißt es z. B.:

„Drüben wurden freie Wahlen unterbunden. Hier wurde der freie Volkswille mißachtet (gemeint ist die angebliche Forderung der Volksmehrheit in der Bundesrepublik nach Sozialisierung der Grundstoffindustrie d. Red.). So riesengroß ist der Unterschied nun auch wieder nicht. Beide Systeme sind manipuliert. Drüben mit Druck, hier mit Geldsack und Kanzel und in beiden Fällen mit Besatzungszwang.“

Ulbricht liest's mit Vergnügen.

Dank für die Luftbrücke

Dr. Krone: Es geht wieder um die Freiheit Westberlins

Die Erinnerung an die Luftbrücke, an der vor zehn Jahren der Griff der Sowjets nach Berlin scheiterte, ist verbunden mit den Verhandlungen in Genf, wo es gilt, erneut die Freiheit Westberlins zu sichern und den Weg vorzubereiten zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Dies stellte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Krone, fest.

Dr. Krone schreibt u. a.:

„Vor zehn Jahren endete nach einjähriger Dauer die kommunistische Abschneuerung Berlins. Die Blockade wurde gebrochen — gebrochen durch die Widerstandskraft der Westberliner Bevölkerung und dank der Hilfe unserer heutigen Verbündeten, die unter dem Namen ‚Luftbrücke‘ in die Geschichte eingegangen ist. Ihnen allen, den Berlinern wie den Freunden jenseits der Grenzen, sei heute noch einmal herzlich gedankt — in erster Linie jenen (nichtdeutschen) Piloten, die im Dienste der Hilfe für Berlin ihr Leben hingaben. Berlin selbst hat durch die unbeugsame Haltung seiner Bevölkerung in den zwölf Monaten der Blockade erreicht, daß der Anspruch der Stadt, wieder Hauptstadt eines geeinten Deutschland zu werden, von niemandem mehr angezweifelt wird.

Mit dem Abbruch der Blockade zogen die Sowjets die Folgerung aus der Erkenntnis, daß das Bollwerk Berlin dank der Willensstärke der Bevölkerung und der Hilfe von außen auf kaltem Wege nicht zu nehmen sei; sie mußten aber auch einsehen, daß eine etwaige Anwendung unmittelbarer Gewalt für sie selbst mit einem Risiko verbunden gewesen wäre, das sie aus guten Gründen nicht eingehen wollten.

Genossen

Noch ehe das SPD-Parteiorgan dazu kam, den Text des Interviews zu veröffentlichen, das eine Reihe von SPD-Journalisten in Moskau mit Chruschtschow hatten, wurde das Interview von einer Seite veröffentlicht, die nicht zu den Gesprächspartnern in Moskau gehört hatte. Im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ (11. Mai 1959) war nachzulesen, auf welche Weise sich die SPD-Journalisten mit Chruschtschow auf eine gemeinsame Basis der Anrede einigten:

„N. S. Chruschtschow: Gestatten Sie mir, Sie zu begrüßen. Welche Anrede wollen wir untereinander vereinbaren — Herr oder Genosse? Als ich mit dem Genossen Ollenhauer zusammentraf, kamen wir überein, uns mit Genosse anzureden; sind Sie damit einverstanden?“

Stimmen: einverstanden.“

In der Niederschrift des Interviews heißt es ferner:

„Raunau (SPD-Journalist d. Red.) führt aus, Chruschtschow habe davon gesprochen, daß die Westmächte, Frankreich, England und Amerika, die Wiedervereinigung Deutschlands nicht wollen, er fragt, worauf Chruschtschow sich dabei stütze — auf eigene Mutmaßung oder auf eine Analyse der internationalen

Zehn Jahre danach ist Berlin wiederum bedroht, seit der bekannten sowjetischen Note vom 27. November 1958. Abermals ist es an der Bevölkerung Westberlins, Nervenstärke und Entschlossenheit zubekunden, abermals sind die Deutschen im freien Teil des Vaterlands und die Verbündeten im Westen aufgerufen, die Treue Berlins mit gleicher Treue zu verwalten. Es war ungemein ermutigend zu erleben, wie geschlossen und vorbehaltlos sich der Westen zu Berlin bekannt hat. Die loyale und geradlinige Politik, die die Bundesregierung seit Jahren verfolgt, hat hier eine ihrer besten Früchte gezeitigt.

Jetzt, just zehn Jahre nach der Beendigung der Blockade Berlins, tritt in Genf die west-östliche Außenministerkonferenz zusammen. Ihre Verhandlungen werden zu einem wesentlichen Teil Berlin gelten, ihr Ergebnis soll — das ist unser Wunsch und unsere Hoffnung — zur Gewährleistung der Freiheit Westberlins führen. Unsere Verbündeten sind für diese Freiheit eingetreten und sind entschlossen, an ihren Rechten in Westberlin unter allen Umständen festzuhalten. Dafür danken wir ihnen schon heute, weil wir eine Garantie dieser Freiheit nur in der Anwesenheit der verbündeten Truppen in Westberlin und in der Sicherung ihrer Zugangswege zu erkennen vermögen.“

Lage oder ob Chruschtschow irgendwelche andere Ausgangspunkte habe, über die er mit den anwesenden Redakteuren sprechen könnte.

N. S. Chruschtschow:

Ich sage Ihnen, daß sogar Adenauer keine Wiedervereinigung will (Heiterkeit, Rufe: Wir wissen das). Nun sehen Sie!“

Dazu schreibt „Die Welt“ vom 13. Mai 1959:

„Und so taten die Journalisten daselbe, was ihr Parteichef anscheinend vor ihnen getan hatte: Sie verkehrten mit dem Mann, der siebzehn Millionen Deutsche in seiner Gewalt hat und mit dem jetzt um das Schicksal Berlins gerungen wird, von Genosse zu Genosse. Sie benutzten eine Anrede, die innerhalb der Partei selbst seit langem umstritten ist, in einer Lage, in der jedes Wort wohl- abgewogen werden mußte. . . .“

Um nicht mißverstanden zu werden: Wir sind der Ansicht, daß persönliche Begegnungen mit dem sowjetischen Regierungschef und anderen Führern des Ostblocks für uns Deutsche sehr nützlich sein können. Aber sie müssen gut vorbereitet und mit kühlem Kopf geführt werden. Sonst heißt der einzige Gewinner Nikita Chruschtschow.“

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

der Streit um den Tisch, ob rund, ob eckig, gab eine Kostprobe von dem Verhandlungsstil, auf den wir uns einzustellen haben. Daß die ruhige Festigkeit der Westmächte das erste sowjetische Überrumpelungsmanöver vereitelt hat, stärkt die Meinung derer, die vor einem resignierenden Pessimismus warnen. Andererseits aber zielte der russische „runde Tisch“ so scharf auf die staatsrechtliche Anerkennung der sogenannten DDR, also sozusagen auf eine bedingungslose Kapitulation der Westmächte in einer Grundsatzfrage, daß auch jeder rosarote Optimismus fehl am Platze wäre. Der Kreml dokumentiert mit solcher Taktik, daß er nicht zu einem klärenden Gespräch nach Genf gegangen ist, in dem Voraussetzungen für die Lösung der strittigen Frage offen diskutiert werden, sondern hart um Erfolg ringt, selbst wenn er durch sein brüskes Vorgehen von vornherein die echten Möglichkeiten einer Konferenz der Entspannung gefährdet.

Für unsere politische Arbeit, liebe Freunde, kommt es darauf an, die Situation in Genf nüchtern zu beurteilen und diese Erkenntnis in unserem Wirkungskreis zu vermitteln. Vergessen wir nicht, daß Genf nur das eine Kampffeld der sowjetrussischen Politik ist und der psychologische Angriff auf die innere Festigkeit des Westens vor allem in der Bundesrepublik, die Schachzüge des Kremles jeweils begleitet.

Wenn am 8. Mai, unmittelbar vor dem Konferenzbeginn, im amtlichen Pressedienst der SPD zu lesen stand von der „Schuld des alten Mannes aus Rhondori, der alle Ansätze von britischer und amerikanischer Seite, in Genf ein sachliches Gespräch beginnen zu können, zerstört hat“, so zeigt ein solch töricht bösesartiges Wort, welche Erfolge auf dem zweiten Kampffeld von den Sowjets bereits errungen worden sind. Können sie mehr verlangen, als daß ihre Terminologie kritiklos von der innenpolitischen Opposition des Mannes übernommen wird, der so unbeirrbar ihrem Vormarsch in Mitteleuropa entgegengetreten ist?

Es liegt nicht in unserer Hand, die Opposition daran zu hindern, durch solche Äußerungen der deutschen Stellung in Genf zu schaden. Wohl können wir alle durch eine sachliche Aufklärung vielleicht entscheidend dazu beitragen, daß die deutsche Öffentlichkeit in den nächsten Wochen den Ereignissen in Genf mit positiver Anteilnahme, aber illusionslos folgt, ohne sich verwirren zu lassen.

Ihr Konrad Kraske

Aufmerksame Beobachter

Deutsche Pressestimmen zur Genfer Konferenz - Zurückhaltung und Illusionsfreiheit

Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt die westdeutsche Presse die Ereignisse in Genf. Sie hält sich im allgemeinen frei von unbegründeten Hoffnungen wie auch von einem schädlichen Skeptizismus. Die hier wiedergegebenen Pressestimmen beschäftigen sich teils mit den letzten Verhandlungen vor der Konferenz, teils mit deren Beginn.

„Dem Anliegen der Konferenz wäre besser gedient, wenn der spektakuläre Aufwand, der in diesen Tagen in Genf getrieben wird, geringer hätte gehalten werden können. Fortschritte im west-östlichen Gespräch lassen sich nun einmal nicht auf dem öffentlichen Markte, sondern nur in Beratungen intimeren Charakters erzielen. So wurde auch vor zehn Jahren die Aufhebung der Blockade Berlins nicht auf einer Konferenz, sondern in vertraulichen diplomatischen Verhandlungen erreicht.“

„Aachener Volkszeitung“, 9. Mai

„Eine Anerkennung Pankows ist darum nicht ein Schritt in Richtung auf die deutsche Einheit, sondern ein Schritt von ihr weg. Das sowjetzonale Regime steht seiner Natur nach der deutschen Einheit im Wege, jedenfalls ihrer mit Freiheit gekoppelten Spielart. Aus diesem Grunde kann in dem Streit um die Sitze in Genf, soweit mit ihm eine offene oder stillschweigende Anerkennung des Ostberliner Kommunisten-Staates verbunden ist, keine reine Formalität gesehen werden.“

Die Vehemenz, mit der Gromyko seinen Bolz in die Konferenz drücken wollte, ist nur ein weiterer Beweis für die völlige Gleichgültigkeit der Sowjetunion gegenüber unserem Einheitsverlangen. Die Sowjetunion will nur wieder einmal ihre deutsche Kriegsbeute allgemein bestätigt haben.“

„Generalanzeiger“, Bonn, 12. Mai

„Hinter dem trügerischen Stichwort von ‚Prozedurfragen‘ verbirgt sich im Grunde ein Stück des gleichen Machtkampfes wie überall, in dem die freie Welt, ohne Lust, zu Widerstoß und Kampfbereitschaft gezwungen ist. Ihre Friedenssehnsucht ist der große Faktor, den Chruschtschow mit allen Mitteln auszubuten versucht, evtl. auch mit kleinen ‚Zugeständnissen‘, indem er ‚nur‘ auf Zulassung Pankows oder ‚nur‘ auf isolierter Behandlung Berlins besteht...“

Um so dankbarer dürfen wir Deutsche jedes Zeichen des Verständnisses für die Unmöglichkeit der Zweiteilung und für die Notwendigkeit konsequenter Sicherung der Freiheit festhalten. Sie ist unteilbar.“

„Bonner Rundschau“, 11. Mai

„Die terminologische Phantasie der Opposition ist beachtenswert. Jetzt hat Carlo Schmid den ‚nationalen Durch-

bruch‘ erfunden. Auf dem internationalen Weg sei für die Wiedervereinigung nichts mehr zu holen, also müsse man zur ‚Auseinandersetzung zwischen den beiden politischen Gebilden, in denen Deutschland organisiert‘ sei, übergehen.“

Es ist für die Bundesrepublik lebensgefährlich, wenn nationale Gefühle aufgegeben werden, um eine in ihrer letzten Wirkung antinationale Politik populär zu machen. Die wahren nationalen Interessen verlangen es heute, endgültig mit der Illusion aufzuräumen, die Deutschen könnten ihre Einheit aus eigener Kraft herstellen, und Chruschtschow würde hübsch Gewehr bei Fuß jenseits von Polen stehen bleiben, wenn es dabei Ulbricht an den Kragen ginge.“

„Rheinischer Merkur“, 8. Mai

„Obwohl unsere Freunde im Westen sich trotz mancher Widerstände zu einer einheitlichen Ausrichtung in Richtung der deutschen Wiedervereinigung zusammenfanden, ist für unsere Opposition alles das, was die Regierung Adenauer tut, ideenlos und einseitig. Zugegeben, Konrad Adenauer ist kein Freund der flexiblen Politik. Er hat seine festen Grundsätze, die er nun seit Jahren ins internationale Gespräch zu bringen versucht. Dies alles schlecht und aussichtslos zu nennen, geht schon deswegen nicht, weil der Kanzler von unseren Verbündeten hoch geschätzt wird und viele seiner Ansichten und Wünsche von den anderen übernommen worden sind. So weit zu gehen und zu behaupten die Taktik des Kanzlers schwäche die Verhandlungsposition des Westens, ist schon deshalb abwegig, weil sich die anderen nichts würden aufreden lassen, was sie selber für schlecht halten.“

„General-Anzeiger“, Wuppertal, 9. Mai

„Es ist ein politisches Spiel, bei dem die Gegebenheiten feststehen, wie bei jedem Schachspiel. Zunächst einmal ist auch in Genf das Feld gegeben, man kann nicht außerhalb operieren. Die Figuren stehen nicht nur fest, sie stehen auch für jeden sichtbar da. Es gibt im Grunde lediglich eine begrenzte Anzahl von Zügen, deren Wirkung sich in den meisten Fällen berechnen läßt. Die Ausgangspositionen sind auch insofern gleich als jeder Spieler — in diesem Falle also Ost und West — die gleichen Figuren, d. h. in unserem politischen Fall die gleiche Stärke besitzt.“

„Rhein-Zeitung“, Koblenz, 9. Mai

„Es dürfte sich bald herausstellen, wie und auf welche Weise man Gromyko entgegengekommen ist, um ihn zum Nachgeben zu veranlassen. Zu wesentlichen Zugeständnissen wird man in dieser Anfangsperiode sicher nicht bereit gewesen sein. Deshalb ist um so bemerkenswerter, daß die westlichen Gesprächspartner und wohl auch UNO-Generalsekretär Hammarskjöld den Sowjets die Unmöglichkeit ihrer Forderung nach gleichberechtigter Teilnahme der Zonen-delegation am Verhandlungstisch unmißverständlich klarmachen konnten. Außenminister Gromyko wird aber in jedem

Fall erkannt haben, in welcher schlechten Position er sich hineinmanövriert hätte, wenn die Konferenz an der Bewertung der Sowjetzonen-delegation gestern gescheitert wäre, ohne auch nur die Eröffnung erlebt zu haben.“

„Frankfurter Neue Presse“, 12. Mai

„Hoffnungen und Illusionen freilich sind zweierlei. Während der Genfer Konferenztage wird es aller Voraussicht nach nicht nur von Zweckgerüchten wimmeln, von halben Andeutungen, hinter denen sich die ganze Unredlichkeit versteckt, von biedermännischen Versuchen, das Nein auf die deutsche Frage als die Möglichkeit eines Ja auszugeben. In der öffentlichen Meinung des Westens wird man also gut tun, Spreu nicht für Weizen zu halten, sondern darauf zu bestehen, daß für Konzessionen des Westens in guter, harter Währung zu zahlen ist.“

„Frankfurter Allgemeine“, 11. Mai

„Je eiliger wir es mit westlichen Zugeständnissen haben, desto höher wird Chruschtschows Preis und desto billiger kommt er davon. Denn er muß weiterhin mit der Unsicherheit in der Zone und mit dem Groll der Satellitenvölker rechnen, wenn es ihm nicht gelingt, die Unterworfenen auch zur endgültigen Ergebung in ihr Schicksal zu zwingen. Hipzu kommt, daß sich die Sowjetunion zusammen mit China gerade jetzt am Anfang eines Demaskierungsprozesses befindet, der den östlichen Imperialismus vor der asiatisch-afrikanischen Welt enthüllt — vor jenen Völkern also, mit deren Hilfe der Kommunismus die freie, westliche Welt umgehen und zum Einsturz bringen will. Der Prozeß nahm seinen Ausgang vom 17. Juni, von Ungarn und Jugoslawien; er erweiterte sich im arabischen Raum durch den Widerstand Nassers gegen den Kommunismus, steigerte sich durch die Erhebung in Tibet und wird seinen Fortgang nehmen. Um so nötiger hat Chruschtschow eine Deutschland- und Europaregelung, die ihm den Rücken freimacht. Wer so viel will, dem ist mit Geduld, Geschick und diplomatischer Furchtlosigkeit einiges abzuhandeln.“

„Kasseler Post“, 11. Mai

„In der polemischen Raserei der Bonner Parteien über alles und jedes, auf die die deutsche Öffentlichkeit allmählich mit deutlichen Zeichen des Überdrußes reagiert, sind Ausdrücke wie ‚niederträchtig‘ und ‚Gipfel der Unverschämtheit‘ gängige Münze geworden. Einen besonderen Rang in diesem Wettstreit hat sich neuerdings die vom Hauptquartier der Linken gesteuerte parteioffizielle Publizistik gesichert, die, seit Wehner dort der maßgebende Mann ist und besonders seit der Veröffentlichung des sozialistischen Deutschlandplans, zur Unleserlichkeit degeneriert ist und kaum mehr sachlich, sondern meist nur noch mit Insinuationen, ungeprüften falschen Gerüchten und der Diabolisierung ihres Gegners arbeitet.“

Neue Zürcher Zeitung, 7. Mai

Kressmann - Deutschland-Plan

Heftige Auseinandersetzungen in der Berliner SPD

Der Landesausschuß der Berliner SPD will ein Parteiordnungsverfahren gegen Willy Kressmann, den immer wieder umstrittenen SPD-Bezirksbürgermeister von Berlin-Kreuzberg, einleiten.

Anlaß zu diesem Verfahren ist eine Bemerkung Kressmanns, in einer öffentlichen Versammlung am 1. Mai. Die Berliner SPD wirft ihm vor, er hätte im Zusammenhang mit der großen Mai-Demonstration, an der 550 000 Einwohner West-Berlins teilgenommen hatten, von „kalten Kriegern“ gesprochen. Kressmann wird ferner vorgeworfen, entgegen der Empfehlung des Landesausschusses die sozialistische Jugendorganisation „Falken“ ermuntert zu haben, zur Maifeier ein bereits in früheren Jahren gezeigtes Transparent mit dem Text „Wiedervereinigung ohne Ulbricht und Adenauer“ mitzuführen.

Von Kressmann, der einen ausgesprochenen Sinn für Selbstreklame besitzt, ist bekannt, daß er mehrfach, so zum Beispiel auch im niedersächsischen Wahlkampf, dem Verzicht auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße das Wort geredet hat. So berichtete die „Hildesheimer Presse“, eine der SPD nahestehende Zeitung, von einer Wahlversammlung: „Auch den Preis nannte Kressmann, den Deutschland nach seiner Meinung für die Wiedervereinigung zahlen muß: Daß die Oder-Neiße-Grenze nicht mehr zur Diskussion gestellt wird.“

Am Rande vermerkt: Man darf mit einigem Interesse eine Stellungnahme der neuen BHE-Minister in der niedersächsischen Landesregierung zu der Frage erwarten, wie sie die Zusammenarbeit mit einer Partei, deren Wahlred-

ner Erklärungen dieser Art abgibt, vor ihren Anhängern rechtfertigen werden.

Die Auseinandersetzung um Kressmann im Berliner Landesausschuß hat deutlich die widerstrebenden Kräfte in der Berliner SPD erkennen lassen. Bei der Beratung über das Verhalten des Bezirksbürgermeisters hat ein Teil der Ausschußmitglieder Kressmann und die Falken verteidigt und Bürgermeister Brandt scharf kritisiert. Anhänger Brandts dagegen forderten, mit den „Parteischädlingen“ endlich abzurechnen. Es sei bedauerlich, daß „der erste ein Bürgermeister sei, es hätte der ganze marxistische Arbeitskreis drankommen müssen“.

Ähnlich heftig war die Auseinandersetzung um den Deutschlandplan der SPD. Die Aussprache endete damit, daß die scharfe Kritik der Berliner SPD an dem Plan aufrechterhalten wurde. Zahlreiche Mitglieder der Konferenz wiesen auf entscheidende Mängel des Planes hin. Kritisiert wurde vor allem die vorgesehene paritätische Zusammensetzung der gesamtdeutschen Vertretung und der Zeitpunkt der Veröffentlichung. Als Befürworter des Planes daraufhin erklärten, der Bundesparteivorstand habe den Deutschlandplan beschlossen, folglich sei er gut und müsse anerkannt werden, erwiderte der SPD-Innensenator Lipschitz, wenn sich eine derartige Auffassung breitmache, „sind wir vom Stil einer sozialistischen Einheitspartei nicht mehr weit entfernt“.

Familienministerium notwendig

Der Verbandstag der Katholischen Arbeiterbewegung in Essen faßte folgende Beschlüsse:

„Mit Entrüstung haben die Delegierten des 21. Verbandstages der KAB in Essen davon Kenntnis genommen, daß der Bund der Steuerzahler am Dienstag die Auflösung des Familienministeriums gefordert hat, mit der äußerst fragwürdigen Begründung, es sei das überflüssigste aller Ministerien!“

Der 21. Verbandstag der KAB weist diese Ansicht mit aller Entschiedenheit zurück. Auch die katholische Arbeiterschaft ist Steuerzahler und wehrt sich mit Nachdruck dagegen, daß der Bund der Steuerzahler sich anmaßt, im Namen der Steuerzahler eine solche Forderung zu erheben. Wir wehren uns gegen die liberalen Tendenzen, die in diesem Ansinnen sichtbar werden. Die Forderung des Bundes der Steuerzahler beweist eine völlige Verständnislosigkeit gegenüber den Notwendigkeiten einer konstruktiven Familienpolitik. Was zum Wohle der Familie geschieht, das geschieht zum Wohle des ganzen Volkes. Die ideellen Werte einer systematischen

Familienpolitik sind mit Geld überhaupt nicht zu messen.

Die KAB bejaht die Notwendigkeit des Familienministeriums. Sie dankt dem Herrn Familienminister und seinen Mitarbeitern für die bisher geleistete Arbeit und verspricht, auch weiterhin seine Bestrebungen nach Kräften zu unterstützen.“

KPV unterstützt Minister

Der Vorstand und der Hauptausschuß der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands hat in seiner Sitzung am 29./30. April in Recklinghausen Bundeswohnungsbauminister Lücke und Bundesarbeitsminister Blank die nachdrückliche Unterstützung durch die Kommunalpolitische Vereinigung zugesichert. Beide Minister hatten der Versammlung über die Gesetzentwürfe ihrer Ministerien berichtet: Über die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen verbunden mit der Einführung des sozialen Mietrechts und über das Bundesbaugesetz, ferner über die Neuregelung der sozialen Krankenversicherung.

Der Vorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung hat Bürgermeister i. R. Dr. Fritz Leser zur Entlastung des Generalsekretärs Dr. Willeke zum Bundesgeschäftsführer bestellt.

Die Europäische Universität

Dem Europäischen Parlament in Straßburg liegt ein Zwischenbericht seines Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung vor. Nach diesem Bericht soll die geplante Europäische Universität der Sechsergemeinschaft in Forschung und Lehre und im Hinblick auf die Europäische Integration das Studium folgender Fragen fördern: Philosophische und geschichtliche Forschung, Abstimmung zwischen den sozialökonomischen Wissenschaften und der technischen Entwicklung und die Gestaltung und Fortbildung eines europäischen institutionellen Rechtes. Der Ausschuß geht davon aus, daß die bestehenden Landesuniversitäten wegen Überfüllung schon den bisherigen Lehraufgaben nicht in vollem Umfang gerecht werden können und daß durch Vergrößerung der Lehrkörper allein keine Abhilfe geschaffen werden kann. Die Pläne zur Gründung der Europäischen Universität stützen sich auf Artikel 9 des Euratom-Vertrages, der eine solche Gründung vorsieht.

Privatwirtschaft stirbt

Die Sowjetisierung der Wirtschaft in der Zone ist gemäß dem Volkswirtschaftsplan für 1959 in schnellem Fortschreiten. Seit dem vergangenen Jahr wird die Vernichtung der Privatwirtschaft durch Zwangszusammenschlüsse und staatliche Beteiligungen in gesteigertem Tempo und Umfang betrieben.

Die Zahl der privaten Industriebetriebe, die eine staatliche Beteiligung annehmen mußten, hat sich von 440 am Ende des Jahres 1957 auf 2638 im ersten Vierteljahr 1959 erhöht. Der Anteil der privaten Betriebe an der Industrieproduktion ist von etwa 12 v. H. im Jahre 1957 auf etwa 8 v. H. am Jahresende 1958 zurückgegangen. Ende 1959 wird sie voraussichtlich nur noch knapp 5 v. H. betragen. In der Landwirtschaft wird heute nur noch wenig mehr als die Hälfte der Nutzfläche von selbständigen Bauern bewirtschaftet. Die Zahl der „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (Kolchos) ist von 234 im Jahre 1956 auf etwa 3000 im Jahre 1958 gestiegen. Diese LPG zählten Ende März 1959 378 000 Mitglieder und verfügten über 39 v. H. der Nutzfläche. Im Einzelhandel haben bereits 14 v. H. aller privaten Einzelhändler und Gaststätteninhaber Kommissionsverträge mit dem staatlichen Großhandel oder auch mit Handelsorganisationen, die sie zu Angestellten dieser staatlichen Organisationen machen.

9000 Selbstbedienungsläden

Mit über 9000 Selbstbedienungsläden steht die Bundesrepublik an erster Stelle in Europa, gefolgt von England mit 5000, Schweden mit 4000 Läden. Am Gesamtumsatz des Lebensmitteleinzelhandels in der Bundesrepublik von 27 Milliarden DM waren die Selbstbedienungsläden mit 4 Milliarden, d. h. mit rund 15 v. H. beteiligt.

Der Staat ist gefährdet

Verbandstag der KAB: Verantwortung für die Demokratie

Unser Staat ist nicht allein durch die Bedrohung von außen, durch den Machtanspruch der kommunistischen Staatsgesellschaft gefährdet. Eine Gefahr bildet ebenso die Tatsache, daß der Bürger seit dem Zusammenbruch von 1945 noch nicht das richtige Verhältnis zu seinem Staat und zur Obrigkeit zurückgewonnen hat. Dies stellte Ministerialdirektor Dr. Berger auf dem Verbandstag der Katholischen Arbeiterbewegung in Essen fest.

Dem Referat von Dr. Berger, das sich mit der Verantwortung des Christen in der Politik beschäftigte, entnehmen wir folgende Ausführungen:

„Innerpolitisch ist ein Staat immer dann gefährdet, wenn er an der Erfüllung wesentlicher Funktionen behindert ist. Der langsam arbeitende Organismus einer Demokratie bringt es mit sich, daß sich dort die Abnutzungserscheinungen stärker als unter anderen Staatsformen nach außen offenbaren.

Die durch die Tätigkeit eines Staatswesens zwangsläufig bedingten Abnutzungserscheinungen müssen von dem Staatsvolk selbst aufgefangen werden. Als Träger der Souveränität trägt dieses Staatsvolk letzte Verantwortung, die ihm keine andere Stelle abnehmen kann. Versagt dieses Verantwortungsbewußtsein, so tritt die Demokratie in eine Krise, wie sie sich in den Jahren 1930—1933 entwickelte.

Untereentwickelte Verantwortung

Dieses Bewußtsein, als Staatsvolk letzte Verantwortung zu tragen und diese Verantwortung nicht auf eine Regierung oder Obrigkeit abschieben zu können, ist in der Bundesrepublik unterentwickelt. Der Staatsbürger in der Bundesrepublik hat vielfach das Geschichtsbewußtsein verloren, was besagen will, daß er politisch in den Tag hinein lebt und das Gute dort nimmt, wo es sich ihm bietet.

Die psychologische Gefährdung der demokratischen Entwicklung im deutschen Volk liegt nicht zuletzt im Verhältnis des Deutschen zu seiner Obrigkeit begründet. Obrigkeit hat die ihr zukommende Aufgabe als Träger staatlicher

Autorität und Vollstrecker des Gemeinwohls. Sie ist dazu berufen, die Ordnungsfunktion des Staates zu vollziehen. Das Volk tritt ihr in einer doppelten Haltung entgegen. Einmal ist es dazu berufen, die Obrigkeit zu bestellen und zu kontrollieren. Andererseits soll es ihren Befehlen und Anordnungen folgen.

In der Bundesrepublik hat das Volk diese Stellung zu seiner Obrigkeit noch nicht gewonnen. Zwar wirkt es durch Wahlen an der politischen Willensbildung mit. Aber auf diese Teilnahme am Wahlakt beschränkt sich vielfach das politische Interesse. Auf Teilnahme an den Arbeiten im vorpolitischen und politischen Raum verzichten die meisten Staatsbürger, ja, sie weichen einer solchen Arbeit wegen der mit ihr verbundenen Verantwortung aus.

Aus dieser bewußten politischen Abstinenz ergeben sich Probleme, die für die deutsche Demokratie verhängnisvoll werden können. Es fehlt die Verbindungslinie zwischen Volk und Regierung. Regierung wird dann verstanden als „die Anderen“, die sehen sollen wie sie mit den politischen Dingen fertig werden, und für die scheinbar der einzelne Staatsbürger keinerlei Verantwortung trägt. Hieraus erklärt sich die Misere einer für die Kopfhaut unserer Bevölkerung viel zu geringen politischen Presse, die durch billige, auf Sensation ausgehende Zeitungen und Illustrierte ersetzt wird.

Bürger und Staat

Die Frage stellt sich für viele Staatsbürger überhaupt nicht, welche Pflichten bei der konkreten Gestaltung der deutschen Politik dem einzelnen zufallen könnten. Das Nachdenken darüber überläßt er gerne Funktionären, die als Folge davon in staatliche Machtpositionen einrücken. Die leidige, im Grunde unlösbare Frage der Parteifinanzierung hängt hiermit zusammen. Bedenkt man, daß die großen Interessentenverbände über einen Mangel an finanziellen Mitteln nicht zu klagen haben, dann erhellt, daß hinter den Finanzschwierigkeiten der demokratischen Parteien eine bewußte und zwar negative Haltung des Volkes steht.

Es liegt innerhalb der vorstehend gekennzeichneten Haltung des Bürgers zu seinem Staat, daß er sich nicht als sein Träger betrachtet, sondern als sein Gläubiger, der an den Staat nun eine Reihe materieller Ansprüche richtet. Der Staat erscheint so dem Bürger als der Garant wirtschaftlicher Sicherheit und des Wohlstandes. Indem der Bürger den Staat für den Gesamtbereich der wirtschaftlichen und materiellen Entwicklung überhaupt verantwortlich macht, totalisiert er ihn in seinem Bewußtsein.

Es ist daher politisch nicht zufällig, daß im Gefolge der großen Wirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre ein totalitärer Staat einen liberal-demokratischen ablöste. Bewußtseinsmäßig ist auch bis tief in die Reihen der christlichen Menschen der Staat einer totalen Versorgung und Garantierung einer formalen Ordnung das Leitbild geworden. Es würde zu weit führen, wenn wir uns mit diesem Faktum unter dem Gesichtspunkt des Subsidiaritätsprinzips auseinandersetzen würden. Nur so viel sei angemerkt, daß gewisse Hinwendungen zum Versorgungsstaat durch die soziale Entwicklung des 20. Jahrhunderts bedingt sind und nicht eingeschränkt werden können. Hier gilt es, eine gesunde Mitte zu finden, die die extremen Formen eines Versorgungsstaates meidet, andererseits dem Bürger die unter unseren heutigen Verhältnissen notwendige wirtschaftliche Sicherheit gewährt.

Einsatzwille ist nötig

Die Deutsche Bundesrepublik ist trotz des wirtschaftlichen Wohlstandes bedroht und zwar von außen her durch den Bolschewismus und seine Satelliten und im Innern durch den Verlust einer klaren Staatsvorstellung und eines Staatsgefühls, das sich auf letzte moralische Werte begründet und bereit ist, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und um des Gemeinwohls willen Opfer zu bringen.

Das ist der Tatbestand, dem sich die katholische deutsche Arbeiterbewegung als katholische Standesorganisation im Vorfeld der politischen Betätigung gegenüber sieht. Sie kann dieser Gefährdung nur durch Mittel entgegenwirken, die ihrer Aufgabenstellung entsprechen.

In erster Linie müßte sie der Frage des Staatsbegriffs, wie wir ihn entwickelten, größere Aufmerksamkeit zuwenden. Sie muß insbesondere dafür sorgen, daß in den Familien katholischer Arbeiter, in der Schule und an der Arbeitsstätte in den konkreten Entscheidungen des Tages die Autorität als solche und die Autorität der Staatsführung insbesondere geachtet werden.

Politik umfaßt die gesamte menschliche Existenz, da jedes menschliche T in irgendeiner Weise auf die Gemeinschaft zurückwirkt, insbesondere also auf den Staat. Daher erfordert Politik eine Zusammenschau, die ebenso die Geschichte wie die Zukunft des Volkes einbezieht.“

Mailieder gefährlich

Zahlreiche Einwohner des thüringischen Zonengrenzstädtchens Vacha hatten sich unmittelbar an der Grenze versammelt, um dem Mailiedersingen eines Männerchors aus der hessischen Gemeinde Philippstal zuzuhören, der sich auf einem naheliegenden Berg versammelt hatte. Kurze Zeit danach fuhr ein Volkspolizist in Autos vor und vertrieb die Zuhörer. Auch „Herrenpartien“ am Himmelfahrtstag sind unerwünscht, weil sie „nicht in die sozialistische Gesellschaft passen“, tadelt die Ostberliner „BZ am Abend“. Ersatz durch „freiwillige“ Übersichten wird empfohlen.

KURZ - ABER WICHTIG

In der Steigerung des Reallohnes 1958 gegen 1955 in Europa stand die Bundesrepublik mit 13,2 v. H. an zweiter Stelle hinter Belgien mit 13,9 v. H. Es folgen Italien (12,6), Dänemark (8,4), Frankreich (8,2), Holland (6,9), Schweden (5,4), Schweiz (3,9), England (3,6), Österreich (2,4).

Eine Untersuchung über die Entwicklung des Stundenlohnes (ohne Lehrlinge) von 1952 bis 1958 ergab: im September 1952 erhielt ein Arbeiter für die Stunde 1,86 DM, d. h. er mußte 32 Minuten für eine D-Mark arbeiten. 1958 erhielt der gleiche Arbeiter für eine Stunde 3,10 DM, d. h. er brauchte nur noch 20 Minuten für eine D-Mark zu arbeiten.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Betriebsuntersuchungen

Den mittelständischen Unternehmen der Vertriebenen und Flüchtlinge wird vom Bundesvertriebenenministerium empfohlen, von der Möglichkeit einer verbilligten Betriebsuntersuchung durch Fachleute des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft Gebrauch zu machen.

Zu diesem Zweck wurde ein eigener Dienst eingerichtet mit der Aufgabe, in einer Voruntersuchung Verlustquellen, Engpässe oder Lücken im betrieblichen Ablauf zu erkennen, um die Schwerpunkte für eine Rationalisierung herauszustellen. Die Kosten der Betriebsbegehung berechnet das Rationalisierungskuratorium nach einheitlichen Sätzen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat einmalige Zuschußmittel für die Verbilligung dieses Dienstes bereitgestellt, und zwar für Mittel- und Kleinbetriebe, die höchstens 100 Personen beschäftigen und einen Jahresumsatz von nicht mehr als 2 Millionen DM erzielen. Der Zuschuß kann bis zu 50 v. H. der Honorarkosten, aber nicht mehr als 500 DM betragen.

Kostenlos zu vermieten

Eine Liste von schlesischen Gutshäusern und Schlössern sollen im Rahmen einer Sonderaktion von der polnischen Verwaltung „kostenlos vermietet“ werden. Es sind das im Kreise Frankenstein die Gutshäuser von Kobelau, Giersdorf und Raudnitz, im Kreise Habelschwerdt die Schlösser Grafenort und Mittelwalde, im Kreise Löwenberg Schloß Hohlstein und die Gutshäuser von Siebeneichen und Waltersdorf, im Kreise Bunzlau die Schlösser Kittlitzsteben und Ottendorf, im Kreise Ols das Schloß Briese, im Kreise Guhrau das Gutshaus und das Schloß Dahsrau, im Kreise Breslau die Gutshäuser Linden und Burghügel. Es ist bisher nicht gelungen, diese Schlösser und Gutshäuser zu unterhalten und instand zu setzen.

Beschleunigte Ausbildungsbeihilfen

Die materielle Unterstützung jugendlicher Flüchtlinge bzw. die Zahlung von Überbrückungsgeldern soll in Zukunft nach einem wesentlich abgekürzten Verfahren erfolgen. Nachdem aus dem sogenannten Garantiefonds im vergangenen Haushaltsjahr bereits 10 Millionen DM hauptsächlich für Zwecke der beruflichen und gesellschaftlichen Eingliederung an Jugendliche aus der Sowjetzone sowie Aussiedler und ausländische Flüchtlinge gezahlt worden sind,

Flüchtlinge - ein Weltproblem

Minister Prof. Oberländer: Schnelle Eingliederung notwendig

„Ein Weltproblem, nicht nur ein deutsches Problem, ist die Flüchtlingsfrage. Seit Beginn des Jahrhunderts sind 150 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben worden, ebensoviel wie die USA Einwohner haben“, erklärte Bundesminister Prof. Oberländer in einem Vortrag in Bonn.

Prof. Oberländer kennzeichnete dieses Jahrhundert als eine Zeit der Rechtlosigkeit und der Vertreibung, die in der Geschichte kein Beispiel findet. Prof. Oberländer stellte fest:

Vier Perioden der Vertreibungen sind festzustellen: 1. Die Zeit bis zum ersten Weltkrieg mit den Folgen der Balkankriege, 2. die Zeit nach dem ersten Weltkrieg mit der Vertreibung der Griechen und Türken, 3. der zweite Weltkrieg mit Stalin- und Hitler-Aussiedlungen, 4. die Vertreibungen nach dem zweiten Weltkrieg mit rund 57 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen, darunter 9 Millionen Ostdeutsche und 4 Millionen Flüchtlinge aus der Sowjetzone. Dabei ist festzustellen, daß außerdem 2,6 Millionen Deutsche durch die Ostvertreibungen umgekommen sind, mehr Menschen, als im ersten Weltkrieg gefallen sind.

Die der Menschheit gestellte Aufgabe ist die Lösung des Eingliederungsproblems. Wichtig ist eine schnelle Eingliederung, da in der Übergangszeit in den Lagern die Gefahr eines Verlustes wesentlicher menschlicher Werte besteht.

Die Wellen der Flucht

Die 1923 durchgeführte große Umsiedlung der Griechen aus der Türkei, die 1,5 Millionen Menschen erfaßte (dazu eine halbe Million Türken aus Griechenland) ist nicht gelungen. Heute noch sind 300 000 Griechen nicht eingegliedert. Aus ihnen hat sich 25 Jahre später die kommunistische Revolutionsarmee von 1948 rekrutiert. Menschen, die Bausteine hätten werden können, wurden zum Dynamit.

In Finnland wurde die Umsiedlung mustergültig gelöst. 420 000 Vertriebene unter 4 Millionen Einwohnern konnten angesiedelt werden, weil es sich um Bauern handelte, für die sofort wieder genügend Land vorhanden war. Finanziell hat diese Aktion allerdings das Land überanstrengt. Durch eine Weltbankleihe, die als Pflicht der freien Welt erkannt ist, soll hier geholfen werden.

In Indochina sind 1 Million Flüchtlinge vom kommunistischen Norden nach Sü-

den gegangen. Sie wurden, da es sich meistens um Christen handelte, gemeindeweise mit USA-Hilfe umgesiedelt. Das Land wurde kultiviert und dann individuell verteilt.

Die 970 000 Flüchtlinge aus den arabischen Ländern sitzen heute noch in großen Lagern am Jordan mit dem Blick auf ihre verlorene Heimat. Sie haben keine Möglichkeit zur Arbeit. Sie wollen auch zurück und sind aus politischen Gründen zum Warten verurteilt. USA-Hilfe für Eingliederung wurde abgewie-

Die seit Jahrzehnten nach Israel einwandernden Flüchtlinge haben von vornherein den Willen, im Lande zu bleiben. Aber neue Masseneinwanderungen, wie die in diesem Jahre aus Rumänien erwarteten 250 000 Menschen, stellen das Land vor schwere Probleme.

10 Millionen Flüchtlinge in Pakistan

Nach Pakistan sind 10 Millionen Menschen aus Indien eingewandert als Folge furchtbarer blutiger Auseinandersetzungen nach Abzug der englischen Truppen. Heute leben noch 38 Millionen Mohammedaner in Indien und 22 Millionen Hindus in Pakistan. In beiden Ländern besteht der Wille zu einer vorsichtigen Behandlung der religiösen Minderheiten. Aber das Geld zu einer Eingliederung der Flüchtlinge fehlt, während 10,5 Millionen Hektar bebaubares Land in Pakistan vorhanden ist. Auch zur Schaffung einer Industrie ist nicht genug Kapital vorhanden. In Karatschi leben 290 000 Flüchtlinge ohne Arbeit.

Japan hat 6,5 Millionen Vertriebene aufgenommen. Dort ist das Problem durch die soziologische Struktur des Landes gelöst worden. Der Staat wurde dadurch entlastet, daß die Vertriebenen jeweils in ihre Sippe zurückgekehrt sind.

In der Bundesrepublik ist das Flüchtlingsproblem besser gelöst worden, als es der Osten mit seinen besonderen Nebenabsichten der Bolschewisierung und auch der Westen in der Befürchtung einer solchen Bolschewisierung annehmen. Der erste Abschnitt — Unterbringung in Arbeit und Wohnung — ist weitgehend gelöst, obwohl noch 20 v. H. der Vertriebenen berufsfremd tätig sind. Die Mehrzahl der Vertriebenen ist in die Industrie gegangen. Die Leistung der Vertriebenen hat wesentlich zur wirtschaftlichen Aufstiegsentwicklung beigetragen. Allerdings bestehen immer noch 2600 Lager mit 380 000 Insassen.

stehen gegenwärtig noch größere Mittel für die Schulausbildung und die praktische Berufsausbildung zur Verfügung. Anträge auf Beihilfe sind über die Jugend- und Sozialämter einzureichen. Sie können von allen Jugendlichen unter 25 Jahren eingereicht werden, die aus der Sowjetzone, aus Berlin oder den polnisch verwalteten Provinzen kommen. Als förderungswürdig gelten auch Flüchtlinge, Verschleppte und heimatlose Ausländer.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Bonn, Nassestr. 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands, Bonn, Argelanderstr. 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn, Postcheckkonto Köln 365 31. Commerzbank-Bankverein, Bonn, Nr. 7487 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Sehnsucht nach Kontakten

Merkwürdige Beschlüsse sozialistischer Jugend

Nahezu gleichzeitig sind in der vergangenen Woche Beschlüsse der sozialistischen Jugendorganisationen und der Gewerkschaftsjugend bekanntgeworden, die sich mit Kontakten zur Jugend Mitteldeutschlands und den kommunistischen Staatsjugendorganisationen der Zone und des Ostblocks beschäftigen. Auffallend ist dabei nicht nur das zeitliche Zusammentreffen, sondern mehr noch die übereinstimmende Grundlinie dieser Beschlüsse.

Den am gemäßigtsten wirkenden Beschluß faßten die Jungsozialisten auf ihrem Bundeskongreß in Karlsruhe. Sie sprachen sich für Kontakte zu Jugendlichen in den Ostblockstaaten aus und beschlossen, junge Menschen aus dem Osten zu Begegnungen in die Bundesrepublik einzuladen. Soweit es diesen Beschluß angeht, bemühen sich die Jungsozialisten, kommunistischer Propaganda und Aufweichungsversuchen einen Riegel vorzuschieben. Daß sie sich dennoch größeren Hoffnungen hingeben, zeigt ein Zitat aus ihrer Zeitschrift „Klarer Kurs“ (April 1959), in der es heißt:

„Wir wissen, daß tausende junger Menschen in den kommunistischen Ländern dasselbe wollen wie wir. Die ‚kommunistische Moral‘ hat nach dem Aufstand in Ostdeutschland und nach der ungarischen Revolution auch in den staatlich gelenkten Jugendorganisationen an Einfluß verloren. Gewiß, der kommunistischen Propaganda stehen ungeheure Mengen an Geld und Macht zur Verfügung. Aber wir vertreten eine Idee, von der wir glauben, daß sie stärker ist, als alle Herrschaftssysteme der Welt!“

Der Kasseler Kongreß

Einen bedenklieheren Schritt auf dem Wege zu Funktionärskontakten unternahm die Bundeskonferenz der DGB-Jugend. Entgegen dem Beschluß des

Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Frage der Ostkontakte beschloß die Gewerkschaftsjugend, Verbindungen zur Zone aufzunehmen. Zwar wird in dem Beschluß die Teilnahme an „Propagandatreffen“ abgelehnt, jedoch hat die Gewerkschaftsjugend bisher noch keineswegs klarstellen können, auf welche Weise etwa ihre Studiengruppe in Mitteldeutschland unter Umgehung der kommunistischen Organisationen Begegnungen mit der Jugend zustande bringen oder wie in den Begegnungen mit den Jugendausschüssen mitteleuropäischer Betriebe der kommunistische Einfluß ausgeschaltet werden soll.

Der DGB selbst wurde von der DGB-Jugend aufgefordert, seine eindeutigen Beschlüsse gegen offizielle Verbindung zum sowjetzonalen Staatsgewerkschaftsbund FDGB zu überprüfen. Welche Gedanken in Wahrheit dahinterstehen, zeigt der Einwurf eines Diskussionsredners bei der Kasseler Tagung:

„Wir müssen uns frei machen von dem Märchen der kommunistischen Unterwanderung des DGB. Das wurde von gewerkschaftsfeindlichen Polemikern erfunden, mit den wir es im ganzen Lande zu tun haben.“

Die Tonart der Kasseler DGB-Jugendkonferenz unterscheidet sich merkwürdig von einer offiziellen Stellungnahme der Gewerkschaftsjugend, die wenige Tage vorher am 29. April vom DGB verbreitet wurde. Darin heißt es nämlich:

„Solange der Zentralrat der FDJ nur Befehlsempfänger der SED sein darf, sollte er die Gewerkschaftsjugend mit seinen Angeboten für eine Zusammenarbeit verschonen. Alle Manöver dieser Art dienen allein dem kommunistischen Ziel, die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik zu stören.“

Die Falken in Köln

Am gleichen Tage, an dem die DGB-Jugendkonferenz diese Beschlüsse faßte, sprach sich schließlich die sozialistische Jugendorganisation „Falken“ in Köln unverhüllt für Kontakte mit der kommunistischen FDJ der Zone aus. Der Vorstand der Falken wurde in einer mit Mehrheit angenommenen Entschließung beauftragt, mit der FDJ in Verhandlungen einzutreten, „wenn dies sinnvoll und nützlich erscheint.“ Die „Falken“ stellen sich auch hinter frühere Kontakte mit den kommunistischen Jugendorganisationen, wohl um die stark kritisierten Seitensprünge ihrer linksradikalen Berliner Gruppe zu decken.

Die Beschlüsse der Gewerkschaftsjugend und der Falken zeigen, daß beide Organisationen zielstrebig ihre Absicht weiter verfolgen, um nahezu jeden

Preis Kontakte mit den Jugendorganisationen der Ostblockländer und der FDJ aufzunehmen. Nachdem ihr Plan, den Bundesjugendring durch einen entsprechenden Beschluß auf solche Kontakte festzulegen, um Haaresbreite scheiterte, und die Mehrzahl der nichtsozialistischen Jugendverbände ihn nunmehr eindeutig abgelehnt haben, entschlossen sich beide Verbände zum Vorgehen auf eigene Faust. Führend sind dabei die Falken, die seit Jahren einen eindeutig linksradikalen Kurs verfolgen. Eine Antwort auf die ihnen immer wieder gestellte Frage, wie sie Kontakte zur Bevölkerung der Zone aufnehmen wollen, ohne sich dabei von den kommunistischen Funktionären übers Ohr hauen zu lassen, hat keiner der Falkenführer bisher überzeugend zu geben vermocht. Offensichtlich ist auch dieser Nachweis nicht die Frage, die sie für die dringendste halten.

Adenauer: Berlin bleibt frei

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat das Grußtelegramm des Landesparteitags der Berliner CDU mit folgendem Schreiben an den Berliner CDU-Vorsitzenden, Bundesminister Ernst Lemmer und den Parteitagspräsidenten Dr. Johann B. Gradl, beantwortet:

„Herzlich danke ich Ihnen und dem Parteitag der Berliner CDU für Ihre Grüße. Seien Sie überzeugt, daß ich alles, was in meinen Kräften steht, tun werde, um Berlin die Freiheit zu erhalten.“

Aus Ulbrichts Reich

PIRAT. „Man muß vorher wissen, wann man Bauelemente braucht und nicht erst dann, wenn der Kran stehen bleibt“, beklagen sich die Bauarbeiter der Brigade Krase in Magdeburg. Immer wieder mußten sie „Däumchen drehen“, bis Genosse Krase „wie ein Pirat“ auf dem Lagerplatz des Baustoffwerkes die fehlenden Elemente „organisierte“.

KUNDGEBUNG. Nicht nur Böllerschüsse, Luftballons und Brieftaube verschönten die Maikundgebung in Chemnitz: Junge Kaninchenzüchter erschienen mit Handwagen und Ställen. Lebende Kaninchen führten sie in eigens zur Maidemonstration angefertigten Ställen mit. Mütter schoben unter der blauen Fahne des Frauenbundes ihre Kinderwagen. Die jüngsten Bürger schwenkten aus ihren Kutschen heraus Fähnchen.

Flucht in die Freiheit

Gegenüber der Vorwoche hat sich in der Woche vom 2. bis 8. Mai die Zahl der Flüchtlinge aus der Sowjetzone vermehrt. Es kamen herüber 2808 Einwohner der Sowjetzone (in der Vorwoche 2238). Davon waren Alleinlebende bis zum 24. Lebensjahr 433 (423).